

mit der wirtschaftlich so bedeutsamen Frage der Mehl- und Brotpreiserhöhung zu befassen. Nach dem Vortrage des Referenten, Herrn Reg.-Rat Glaser, entwickelte sich eine längere Aussprache zu den einzelnen Berechnungs-Ebenen. Der Satz für Fracht muß von 12 auf 15 Mt., der Mehllohn von 180 auf 210 Mt., die Lagerungsgebühr für die Mühle von 10 auf 20 Mt. erhöht werden, weil das Mehl meist weit länger als zwei Monate lagert und auch fremde Väter in Anspruch genommen werden müssen. Entsprechend einem Antrage der Müllergenossenschaft Großenhain mußten neu 83 Mt. als Vergütung für Mehlverkauf mit in die Preisberechnung eingerechnet werden. Dadurch erhöht sich eine Steigerung des Roggen- und Weizenmehlspreises um je 66 Mt. Hier steht nun eine Verbilligungssaktion ein, die von der Landwirtschaft getragen wird, um es zu erreichen, daß der Brotpreis für die Bevölkerung nur in beschränktem Maße erhöht werden muß. Die Landwirte erzielten für den abzuliefernden Roggen 105 Mt. und hatten den Anspruch auf 10 Prozent Mele vom Umlagegetreide zum Preise von 60 Mt. Da diese Mele aber zum Teil recht schlecht war, die Vorkasse anderer Futtermittel billiger waren, hat diese Mele verhältnismäßig nur schwache Abnahme erlitten und ist daraufhin nach anderen Gegenden Deutschlands verschifft worden. Jetzt haben die Landwirte die Mele mit 130 Mt. für 50 Kilogramm zu bezahlen, also mehr, als sie für das von ihnen abgelieferte Getreide erhielten. Hierin liegt ein ansehnliches Opfer, das von der Landwirtschaft gebracht wird, um eine härtere wirkende Steigerung des Brotpreises zu vermeiden. Für den Kleinfandel stellt sich der Preis des Weizens mit 4,45 auf 4,45 Mt. für 1 Kilogramm (bisher 4,40 Mt.), der Preis des Roggenmehls auf 4,15 Mt. (bisher 4,10 Mt.). Bei der Berechnung des Brotpreises ist von Ausschlag, daß der Backlohn um 22 Mt. höher eingestellt werden muß, ebenso bei Weizenbrot ein ganz beträchtliches Mehr für Ofen. Der engere Ernährungsausschuß genehmigte die Festlegung der Roggenbrotpreise mit 3,45 Mt. (bisher 3,25 Mt.) für das Kilogramm und 6,55 Mt. (bisher 6,15 Mt.) für das 1900-Gramm-Brot und der Weizenbrotpreise mit 4,52 Mt. pro Kilogramm (bisher 4,18 Mt.) und 2 Mt. für 420 Gramm (bisher 1,75 Mt.). Zum Schluss dankte der Vorsitzende noch Herrn Kommerzienrat Schönberger für dessen sachkundige Beratung und Vorbereitung dieser Vorlage. — In den Ausführungen des vorstehenden Berichtes über die Verteilung von Mele wird beiläufig bemerkt, daß ein durch Landes- oder Reichsbehörden begründeter Anspruch auf Verteilung von Mele für das abgelieferte Umlagegetreide den Landwirten überhaupt nicht zusteht. Im Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain wurde den Landwirten 10 Prozent Mele vom Umlagegetreide zu dem sehr niedrigen Preise von 68 Mt. pro Zentner geliefert. In anderen Kommunalverbänden wird die Mele, wie es auch die Reichsgetreidekasse bei den ihr angeschlossenen Mühlen tut, den Mühlen zum freien Verkauf überlassen. Dort müssen sich also die Landwirte die Mele im freien Verkehr zu wesentlich höheren Preisen kaufen. Der Kommunalverband Großenhain ist nun aber nicht in der Lage, die zugesagte Rücklieferung von 10 Prozent Mele zu dem obigen Preise aufrecht zu erhalten, da er von seiner Gesamtumlage einen wesentlichen Teil (ungefähr ein Drittel) an die Reichsgetreidekasse abgeben muß, ihm also insoweit die Verfügung über die Mele entzogen und es gezwungen ist, dieselbe von den Reichsgetreidekassen zu dem von der Reichsgetreidekasse festgesetzten Verkaufspreise — mit 130 Mt. pro Zentner, — zurückzukaufen. Ein Verkauf von Kommunalverbandsmele außerhalb des Bezirks hat nicht stattgefunden. Dasselbe hat im Gegenteil im Bezirke auch bei dem selbständigen niedrigen Preise regen Abzug gefunden. Es hat sogar den vorliegenden Anträgen auf Verteilung von Mele noch nicht reiflich nachgegeben werden können, da die Bestände verhältnismäßig geringfügig sind. Bei etwaigen Klagen über die Qualität der Mele ist Beschwerde an den Kommunalverband anzustellen, von dem dann das Richtigste vorgekehrt werden würde.

— Rückkehr eines Aupignon-Gefangenen. Der Kriegsgefangene Georg Wilde, wohnhaft Gabelstr. 14, ist heute morgen aus Aupignon hier eingetroffen. Er befindet sich seit 1914 in Kriegsgefangenschaft. Bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof wurde er von seinen Eltern und dem Vertreter der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefang. empfangen.

— Brotmarkenausgabe. Für die Einwohner der Stadt Meisa werden die Brotmarken nächsten Monats, den 2. Januar 1922 in den bisherigen Ausgabestellen ausgegeben.

— Der Abgang des Arbeitsministers. Am 12. Dezember mittags 12 Uhr verabschiedete sich der mit Ablauf des Jahres aus dem Amte scheidende Arbeitsminister Fackel von den Beamten und Angestellten seines Ressorts.

Der Minister dankte für die ihm vielseitig erteilte Unterstützung und bat, diese auch auf seinen Nachfolger, den Reichstagsabgeordneten Hiltner übertragen zu wollen, den er den Beamten vorstellte. Eine Zusammenlegung des Arbeitsministeriums mit dem Wirtschaftsministerium, die in letzter Zeit wieder vielfach geäußert wurde, halte er nicht für empfehlenswert angesichts der großen Aufgaben, deren Lösung dem Arbeitsministerium bevorstehe. Auch die Entschieden des höchsten Wirtschaftslebens würden ganz unterschieden unter einer Zusammenlegung der beiden Ministerien leiden. — Hierauf dankte der neue Arbeitsminister Hiltner seinem Vorgänger für die freundliche Begrüßung und Einführung in den Kreis der Beamten und Angestellten, die er seinerseits begrüßte. Er übernehme das Ministerium in einer schweren Zeit. Bald würden sich die ersten Anzeichen eines Niederganges bemerkbar machen und die Not der schaffenden Bevölkerung werde wachsen. Darauf gelte es sich beizeiten vorzubereiten und Maßregeln zur Überwindung der Not zu treffen. Ein Wunsch lege ihm besonders am Herzen: Ein sozialer Geist müsse vom Arbeitsministerium, wie bisher, so auch weiter ausgehen. Die Zeit ist alles, nichts ist der Ruhm. Unter diesem Weltbilde möchten ihm die Beamten und Angestellten zur Lösung ihrer großen Aufgaben ihre Unterstützung leisten. Ministerialdirektor Dr. Dehne dankte dem scheidenden Minister für seine anerkennenden Worte. Er glaube auch, dem neuen Minister die getreue Mitarbeit der Beamten und Angestellten versprechen zu können, und hoffe, daß es gelingen werde, die kommenden schweren Monate zu überstehen.

— Schulzollgefahr. Dem Verband Schiffsicher Industrieeller gehen in großer Zahl Klagen aus Mitgliedervereinen zu, die sich gegen die Zollrückstellungen und ihre Durchführung vor allem in Italien und Spanien richten. Aus dem Verband vorliegenden Unterlagen ist ersichtlich, daß es sich in vielen Fällen nicht um einen Schutz einheimischer Industrien in Italien oder Spanien handeln kann, sondern daß die außerordentlichen Zölle vielfach eine Begünstigung der Einfuhr fremder Industriereste aus dem deutschen Industriegebiet bedeuten. Der Verband, der diese Entwicklung mit größter Besorgnis verfolgt, steht in dauernder Verbindung mit den Regierungsbehörden, um diese bei den schwierigen Verhandlungen mit den ausländischen Vertretern in jeder Weise durch Beibringung sachlichen Materials zu unterstützen. Es ist unserer Regierung infolge der auf unserer gesamten Handelspolitik verhängnisvoll lastenden Bestimmungen des Versailles-Vertrages bisher nur möglich gewesen, keine Teilerfolge gegenüber der dauernd zunehmenden Verschärfung unserer Einfuhr zu erreichen, wie in dem Bericht auf Einfuhrverschärfungen in dem deutsch-italienischen Wirtschaftsabkommen, oder im Vertriebe mit Spanien auf Grund früherer Handelsverträge. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Wirtschaftspolitik so

wohl Spaniens wie Italiens von außenpolitischen Erwägungen sehr stark beeinflusst und daß dadurch sowohl die italienische wie auch die spanische Volkswirtschaft in dauernder Abhängigkeit von England und Frankreich bzw. Amerika gehalten wird. Die letztgenannten Länder haben, eine Erfahrung, die die Mittelmeerländer bereits wiederholt gemacht haben, kein Interesse daran, die eigene Industrie der Mittelmeerländer zu entwickeln, sehen vielmehr in ihnen lediglich ein Abfallgebiet für ihre Industrieerzeugnisse. Während außerdem Amerika sowohl wie England und Frankreich ihre Geschäftsprinzipien hart und rücksichtslos durchführen und von jeder Anpassung an fremde Volkswirtschaften absehen, ist es Deutschland nicht nur von der italienischen und spanischen Bevölkerung wiederholt nachgesagt worden, daß es den Bedürfnissen der dortigen Verhältnisse weitgehend entgegenkomme. Die deutsche Industrie ist infolge ihrer Beweglichkeit bauernd in der Lage, sich fremden Bedürfnissen anzupassen, ist auch in keinem Falle ein Gegner der Industrialisierung fremder Staaten, sondern vielmehr ein lebhafter Förderer ihrer gewerblichen Entwicklung.

— Die Reisenfahrprämie anzuheben. Die auf Grund des Mandats vom 12. Mai 1921, die Reisenfahrprämien betreffend, bisher gezahlte Vergütung von vier Mark an diejenige Person, die einen toten menschlichen Körper zuerst aufgefunden und hieron der Obrigkeit Anzeige gemacht hat, sofern sie hierzu nicht verpflichtet ist, soll künftig verdoppelt werden.

— Falsche Reichsbanknoten zu 50 Mark in Umlauf. Von den Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum vom 24. Juni 1919 wird zurzeit eine Nachbildung in Leipzig und Umgebung in Umlauf gesetzt, die an den nachstehend aufgeführten Westfalen zu erkennen ist. Der bei den echten Scheinen vorhandene Wasserstreifen ist durch einen rötlich-braunen Strichdruck schwach hervorgerichtet. Der Grünbrud auf der Vorderseite ist auffallend dick; unreines Gelblich, unklare Augen und auffallend kräftige Schattenebung des weiblichen Idealprofils sind weitere Merkmale. Außerdem ist die Nummerbezeichnung besonders dick und grob. Die Rückseite der Nachbildung ist schwachlich fleckig und schmutzig. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Gleichzeitige wird in Erinnerung gebracht, daß die Reichsbank für die Ermittlung von Fälschungsunternehmen und für zweckdienliche Mittelungen, die zur Festnahme und Verhaftung von Verfassern und wesentlichen Verbreitern falscher Banknoten führen, Belohnungen bis zu 10000 Mark ausgesetzt hat.

— Die Grippe (Influenza) tritt jetzt wieder in einigen Gegenden Deutschlands sehr heftig auf. Bei uns hat sie sich auch in stärkerem Maße bemerkbar gemacht, wogegen sie hier bis jetzt glücklicherweise nicht entsetzt in dem Umlage und der Schwere wie in Berlin und in Süddeutschland auftritt. Gerade in diesem Jahr, so schreibt ein Arzt in den „Vops. N. Nachr.“, mit seiner merkwürdigen Witterung, ist es nötig zu wissen, welche Vorbeugungsmaßregeln gegen die Grippe oder Influenza getroffen werden können. Beim wirklichen Ausbruch hat man, wenn die Erkrankung ein bösartiges Aussehen zeigt, sofort den Arzt zu rufen. Als Erreger der Erkrankung nehmen wir den von Pfeiffer entdeckten Influenzavirus an. Dieser wird durch Übertragung von Mensch zu Mensch verbreitet. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Tröpfcheninfektion, d. h. um die Art der Übertragung, bei der die Krankheitskeime an den beim Sprechen, Husten, Niesen usw. in die Luft geschleuderten feinen Wassertröpfchen haften und von andern Menschen in der Nähe eingeatmet werden. Vorsicht gegen Ansteckung durch Erkältete oder Hustende durch Vermehrung ihrer Nase ist in Influenzaperioden sehr nötig. Söllig geklärt ist indes die Entstehung der Grippe noch nicht. — Naturgemäß wird die einzige Möglichkeit, den Ausbruch oder den Fortschritt der Epidemie zu verhindern, in dem Schutz der Gefunden gegen Ansteckung durch die Kranken bestehen müssen. Zunächst muß allen Volksgenossen in drohenden Influenzaperioden eine sorgfältige Mund- und Nasenpflege empfohlen werden. Spülungen und Gurgelungen mit leichten desinfizierenden Flüssigkeiten, deren es ja eine Unmasse gibt, sind dringend anzupfehlen; auch Entgammungen von leicht verdaulichen Flüssigkeiten oder von Dämpfen können an Blase sein. Übertriebene Furcht vor der Grippe ist zurzeit völlig unbegründet.

— Neuordnung des Schuljahres für höhere Schulen. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat bestimmt, daß in Zukunft das Schuljahr für die höheren Schulen mit dem 1. April beginnt und mit dem 31. März endet.

— Der wissenschaftliche Belehrungsstil im Dienste der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Von Mitte Januar ab wird in Dresden unter Förderung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein Film gezeigt werden, der die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen in rein wissenschaftlicher Weise vorführt wird. Der Film zeigt das Wesen der Geschlechtskrankheiten, die Folgen infolge schlechter Behandlung, sowie die ungeheuren Fortschritte, die in der erfolgreichen Bekämpfung dieser Krankheiten, insbesondere in Deutschland gemacht worden sind. Der Besuch dieses Films, auf den die Gesellschaft schon jetzt aufmerksam macht, ist allen (auch nicht erkrankten) Erwachsenen dringend zu empfehlen. Die Filmvorführung wird durch einen ärztlichen Vortrag erläutert.

— Feuerungsausschüsse für erwerbsunfähige Kriegsschadigte und Hinterbliebene. Alle erwerbsunfähigen Schwerkriegsschadigten und Kriegserwitwen bzw. solche, die durch die Erzielung eines oder mehrerer Kinder als erwerbsfähig gelten, väterlose Waisen, elternlose Waisen und Kriegserben, die Rente erhalten, haben umgehend einen Fragebogen bei ihrer Gemeindebehörde zu entnehmen, die von Gemeindeführern zurückzugeben. Nach Eingang der Fragebogen werden die Feuerungsausschüsse durch Postfach direkt an die Empfänger überfandt.

— Ausweisarten der beim Fernsprechtbau Beschäftigten. Die im Bezirke der Ober-Polizeidirektion Dresden bei Fernsprechtbauarbeiten beschäftigten Beamten sind für das Jahr 1922 mit blauen Ausweisarten versehen. Es wird ersucht, nur solchen Personen Zutritt zu den Fernsprechanlagen, insbesondere auch zu den Bodenräumen und Dächern zu gestatten, die sich im Besitze von Ausweisarten befinden oder die von Personen mit Ausweisarten als Begleiter bezeichnet werden. Die bisher benutzten grünen Ausweisarten verlieren mit dem 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit.

— Schlussverleumdung von preussischen Kriegsanstellungen. Das Preussische Staatsministerium hat die Verleumdung von Kriegsanstellungen (Eiserne Kreuze 1. und 2. Klasse, Verdienstkreuz für Kriegsdienst) unter dem 31. 12. 1921 endgültig abgelehnt. Ein großer Teil der noch laufenden Anträge wird deshalb vorläufiglich keine Berücksichtigung mehr finden können. Auch die noch in Befragung befindlichen Oerebeangehörigen werden somit leider für eine nachträgliche Verleumdung des Eiserne Kreuzes nicht mehr in Frage kommen. Die Preussische Staatsregierung begründet ihre Maßnahme damit, daß durch die bisherigen, seit 8 Jahren erfolgten Nachver-

setzungen, die meisten Örtlichkeiten beseitigt sind und die sich jetzt noch ergebende kleine Zahl solcher Örtlichkeiten in Kauf genommen werden muß. Da die 4. Division in Dresden gerichtete Anfragen müssen unbeantwortet bleiben, da die Division nicht in der Lage ist, an der gegebenen Bestimmung etwas zu ändern.

— Statistik. Die Zahl der Anmeldungen zur Gewerbesteuerüberprüfung der vorjährigen Ausstellung bei weitem, gemeldet sind über 400 Nummern. Dem Verein haben in diesem Jahre besonders viele und wertvolle Ehrenpreise zur Verfügung. Ein Besuch der Ausstellung ist Büchern und Interessenten sehr zu empfehlen.

— O. S. A. Als Superintendent für das erzbischöfliche Vikariat O. S. A. sind vom evangelisch-lutherischen Landeskonfessionamt zur Wahl vorgeschlagen worden: Archidiaconus H. Dr. jur. Walter Leonhard an der Kreuzkirche zu Dresden, Diaconus P. Karl August Ernst Ludwig in Jüttau und Pastor Gottlieb Emanuel Michael an St. Nikolai in Chemnitz.

— J. W. i. a. n. Der zuletzt in Schwedewitz wohnhafte Arbeiter Ernst Reichert aus Hartmannsdorf bei Ritzdorf, bisher in Untersuchungshaft, weil er eines Raubes im Juli d. J. den 76. Jahre alten früheren Gemeindevorstand Bräuner dafelbst in seiner Wohnung erschossen hat, ist, wie seine Beobachtung in der Irrenanstalt in Waldheim ergeben hat, geisteskrank, so daß der Fall nicht zur gerichtlichen Verhandlung kommen wird. Reichert bleibt bis auf weiteres in der Irrenanstalt. — Das Ministerium wird, nachdem durch die Entscheidung des Reichshauptmanns die am 27. November vollzogene Stadtverordnetenwahl für ungültig erklärt worden sind, dem Gesuch des Rates, das alle Kollegium solange weiter amtierend zu lassen, bis über die Ungültigkeitserklärung eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist, nicht entsprechen, so daß ab 1. Januar die Stadt Jüdau bis auf weiteres ohne Stadtverordnetenkollegium sein wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Ungültigkeitserklärung des Reichshauptmanns im Wege des Rekurses angefochten. Über den Rekurs hat das Ministerium des Innern zu entscheiden.

— J. W. i. a. n. Ein großes Volkssbad plant die Stadtverwaltung mit einem Rohenaufwande von 400000 Mark im Süden der Stadt zu errichten. Es soll eine große Schwimmhalle geschaffen werden, die aus dem Mühlgraben bewässert wird. Das Volkssbad soll Sonnen-, Luft- und Wasserbad in sich vereinigen.

— Kuerbach. Die Amtsenthebung des Gemeindeführers Seidel in Rempelgrün hat der Gemeinderat beschlossen. Von bürgerlicher Seite wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats der Antrag eingebracht, den Gemeindeführer Seidel (M. n. a. b.) seines Amtes zu entheben. Man führte zur Begründung des Antrages an, daß Gemeindeführer Seidel mehr als parteipolitische Interesse als das Wohl der Gemeinde im Auge habe. Der Antrag wurde mit sechs gegen vier Stimmen angenommen. Die Amtsenthebung über ihn liegt jetzt in den Händen der Amtshauptmannschaft Kuerbach.

— Meerant. Auf dem Neubau der „Saxonia-Spinnerei“ kürzten drei Maurer ab, von denen einer schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

— Plauen i. V. Das einspännige Pferdeharnisch eines Pöhlner Wägenmeisters wurde durch den Führer eines Personkraftwagens angefahren, wobei das Pferd am rechten Hinterbein stark verletzt wurde. Den Anweisungen eines sofort hinzugezogenen Tierarztes zufolge mußte das Pferd, das einen Wert von 30000 Mark haben soll, an Ort und Stelle abgetötet werden.

— Leipzig. In den letzten Tagen sind hier aus einer Anzahl Geschäfte beträchtliche Mengen von Butter gestohlen worden. Besonders im nördlichen Teile der Stadt haben sich Butterdiebe durch Einschlagen von Schaufenstern bemerkbar gemacht. Geschäfte werden daraus die Lehre ziehen, in ihren Schaufenstern für die Folge nicht derart große Vorkäte wertvolle Waren, wie Butter, den Gefäßen der Spülkäben auszuweisen. Bis zu 50 Pfund in Kästern im Werte von über 1000 Mark sind aus den Schaufenstern auslagen nach Verhinderung sehr wertvoller Schaufenstergehäusen gestohlen worden!

— Altenburg. Bei einer Treibjagd im Hühnerhüch brachten es die als Treiber verwendeten Schulkinder fertig, 14 Hasen auf die Seite zu schaffen, ohne daß die Jäger davon etwas merkten. Erst bei der Streife fiel die geringe Anzahl Hasen auf, und als ein beim Treibhah unbediensteter Knabe es bemerkte, gelang es dem braunroten Waidmeister, 9 Hasen wieder herbeizuschaffen. Ein Treiber hatte sogar zwei Hasen sich angeeignet.

Der Aufstieg der Drahtlosen Telegraphie und Telephonie.

In der letzten Zeit hat man wieder viel von drahtloser Telegraphie gehört — Jugitelephone, elektrische Anzeiger eines Stornes — und doch will es scheinen, als ob das Verständnis für diese Neuerungen oft auf Schwierigkeiten stößt. Das ist durchaus berechtigt; denn, wenn auch genügend Material gemeinverfügbare und e. a. ter. Letztere über dieses jüngste Kind der Technik aus dem Markte ist, so geht doch gerade dieser Zweig in seiner Entwicklung sprunghaft vorwärts. Besonders der letzte Akt hat entscheidende Neuerungen auf diesem Gebiete gebracht.

Das allgemeine Verständnis wird besonders dadurch erschwert, daß dieser Weiterausbau nicht etwa lokal, im Voraus berechnet, erfolgt, sondern daß gerade hier zuerst tendenziell die Pläne aufgestellt, die dann praktisch ausgearbeitet und schließlich berechnet werden. So kommt es, daß die Verwirklichung der geplanten Vorhaben immer um zwei bis drei Schritte hinter den Tatsachen zurückbleibt.

Daher erscheint es vorteilhaft, in kurzen Zügen einmal das ganze Gebiet der Funken-Telegraphie und -Telephonie zu überfliegen, um dann im Anschluß daran auf die neuesten Entdeckungen einzugehen.

Nachdem der deutsche Erfinder Herz die Verwirklichung des drahtlosen Fernspreches mit vollem wissenschaftlichen Erfolg abgeschlossen hatte, gelang es dem bekannten Marconi auf Grund seiner Kenntnis sowohl dieses Experimentes als auch des Branlichschen Fritters die ersten drahtlosen Stationen zu konstruieren. Namhafte Gelehrte — Galton, Glahn, Arco, Prof. Wien, Prof. Braun — arbeiteten mit jünger Energie weiter und bauten die neue Erfindung weiter aus.

Was sich jedoch schon von Anfang an gezeigt hatte, die außerordentlich geringe Schwäche des antommenden Stroms im Gegensatz zu der gewaltigen Energie des abgehenden, schien der Tod dieser Erfindung zu bedeuten, wenn es sich nicht erreichen ließ, günstigere Bedingungen zu erzielen. Denn erstens war die „Reichweite“ eine viel zu geringe, zweitens wählten die Apparate für die Sendenergie und die dafür erforderlichen Apparate für die Empfangenergie. Man untersuchte daher die Möglichkeiten der Schwächungen, die der Sender ausstrahlte, und kam zu dem Ergebnis, daß diese Schwächungen „gedämpft“ seien — das bedeutet nämlich, daß diese Schwächungen „gedämpft“ seien — das bedeutet nämlich, daß diese Schwächungen „gedämpft“ seien — das bedeutet nämlich, daß diese Schwächungen „gedämpft“ seien.

Außerdem wurde dann die Drahttelephonie möglich gemacht.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—